

Erste Ausgabe täglich
früh 6 1/2 Uhr.

Abend- und Spät-
ausgaben des
Sonntags 10-12 Uhr.

Abend- und Spät-
ausgaben des
Sonntags 4-6 Uhr.

Abend- und Spät-
ausgaben des
Sonntags 10-12 Uhr.

Abend- und Spät-
ausgaben des
Sonntags 10-12 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Kuflage 15,500.
Zwanzigste Viertel, 67. Nr.
incl. Postgebühren 1 Mk.
wird die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 15 Pf.
Abonnement 14 Mk.
Gebühren für Extrablätter
ohne Postgebühren 30 Pf.
mit Postgebühren 45 Pf.
Zusatz 1. Jahrg. 30 Pf.
Zusatz 2. Jahrg. 30 Pf.
Zusatz 3. Jahrg. 30 Pf.
Zusatz 4. Jahrg. 30 Pf.
Zusatz 5. Jahrg. 30 Pf.
Zusatz 6. Jahrg. 30 Pf.
Zusatz 7. Jahrg. 30 Pf.
Zusatz 8. Jahrg. 30 Pf.
Zusatz 9. Jahrg. 30 Pf.
Zusatz 10. Jahrg. 30 Pf.
Zusatz 11. Jahrg. 30 Pf.
Zusatz 12. Jahrg. 30 Pf.
Zusatz 13. Jahrg. 30 Pf.
Zusatz 14. Jahrg. 30 Pf.
Zusatz 15. Jahrg. 30 Pf.
Zusatz 16. Jahrg. 30 Pf.
Zusatz 17. Jahrg. 30 Pf.
Zusatz 18. Jahrg. 30 Pf.
Zusatz 19. Jahrg. 30 Pf.
Zusatz 20. Jahrg. 30 Pf.

Nr. 185.

Donnerstag den 4. Juli 1878.

72. Jahrgang.

Bekanntmachung.

Einzelne Sachverständigen-Gutachten haben sich dahin ausgesprochen, daß die Anfüllung des Küchens mit Aufstreichwasser im öffentlichen Gesundheitsinteresse geboten ist. Der Ausführung dieser Anfüllung auf dem Tracte von dem Umlaufgraben an der ...
Der Rath der Stadt Leipzig
Dr. Georg. Messerschmidt.

Bekanntmachung.

In Gemäßheit von §. 1 der Instruction für die Ausführung von Wasserleitungen und Wasseranlagen in Privatgrundstücken vom 7. Juli 1866 bringen wir hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß der Klempner Herr Ernst Hermann Sauerbrei, Georgenstraße 16b, zur Uebernahme solcher Arbeiten bei uns sich angemeldet und den Besitz der erforderlichen Vorrichtungen nachgewiesen hat.
Leipzig, am 28. Juni 1878.
Der Rath der Stadt Leipzig
Dr. Erdm. Lindlin. Darwitz.

Bekanntmachung.

Für die städtischen Volksschulen werden im nächsten Winter ungefähr 6000 Centner Weizenstroh, 4000 Centner Rappstroh, 8000 Hektoliter böhmische Strohstroh und 18,000 Hektoliter böhmische Weizenstroh gebraucht.
Die Lieferung soll an den Mindestfordernden, mit Vorbehalt der Auswahl unter den Bietern, vergeben werden.
Die Gebote sind bis Sonnabend, den 6. d. M. Monats Abends 6 Uhr versiegelt und mit der Aufschrift „Angebot für die Volksschulen“ auf der Schließung (Rathhaus, 2. Etage) eingereicht, wofür auch die näheren Bedingungen eingesehen werden können.
Leipzig, den 2. Juli 1878.
Der Schulaußschuß der Stadt Leipzig
Dr. Panig.

Bekanntmachung.

Die Plagwitz Straße wird auf der Strecke zwischen der Schreiber- und Davidstraße vorzunehmender Pflasterarbeiten wegen vom 3. Juli dieses Jahres ab bis auf Weiteres für den durchgehenden Fahrverkehr gesperrt. Die Fuhrwerke haben während der Sperrung ihren Weg durch die Schreiberstraße, Sebastian-Dachstraße und Davidstraße zu nehmen.
Leipzig, am 29. Juni 1878.
Der Rath der Stadt Leipzig
Dr. Erdm. Lindlin. Kretschmer.

Bekanntmachung.

Wegen der Reichstagswahl sollen die diesjährigen Sommerferien an den städtischen Volksschulen auf die Zeit vom 31. Juli bis mit 21. August verlegt werden, so daß der Unterricht Dienstag, den 30. Juli, Nachmittags 4 Uhr geschlossen und Donnerstag, den 2. August, früh 7 Uhr wieder beginnen wird.
Leipzig, den 3. Juli 1878.
Der Schulaußschuß
Dr. Panig. Behnert.

Deutschconservative u. Reichsregierung.

Als die deutsch conservative Partei vor zwei Jahren ins Leben trat, legte sie in ihren Rundgedrungen ein Hauptgewicht darauf, daß sie nicht als gouv. Partei angesehen würde. Wohl hatten die Declaranten der „Kreuzzeitung“ ihrem persönlichen Glauben gegen den Kanzler Schweigen geboten, aber um so stolzer verkündete man, daß die neue Partei nicht zur Regierung kommen werde, sondern daß die Regierung, welche ihre Unterwerfung geniesse, die Grundzüge des neuen Programms annehmen müsse. Heute spricht man aus anderem Tone. Der Wahlauftrag der Partei erklärt rundweg, daß sich dieselbe „getreu ihrem Verhalten im Reichstage“ bei den bevorstehenden Wahlen „offen auf die Seite der Reichsregierung stelle“. An sich würde dieses Bekenntnis im Vertrauen zu der Regierung nichts Auffallendes haben. Aber man geht weiter: die „Kreuzzeitung“ erklärt es für „unbedingt erforderlich, daß die Regierung die persönliche Führung bei den Wahlen übernehme“. Es ist, schreibt sie, „die allerhöchste Zeit, daß unabweisliche Rundgedrungen in der Richtung erfolgen, von welchen tonangebenden Persönlichkeiten der Reichsregierung wesentlich ihre bisherigen Absichten durchstreicht werden hat, von welchen sie also auch für die Folge eine Förderung ihrer Thätigkeit nicht glaubt erwarten zu können.“ Und weiter: „Die Reichsregierung kann und muß aber endlich alle Zweifel darüber beseitigen, daß gewisse Persönlichkeiten, wenn gewählt, nur in Opposition gegen die Ansichten der Regierung gewählt werden; dahin gehören die Stimmführer derjenigen Parteien, welche erweislich die Vorlagen der Regierung regelmäßig mehr oder minder abgelehnt oder zur Unkenntlichkeit verunstaltet haben, ohne dafür etwas Besseres an die Stelle zu setzen. Sie kann und muß zweitens in jeder Provinz, in jedem Wahlbezirk gewisse Vertrauenspersonen, welche die Verbindung mit den Wählern, die Leitung derselben in die Hand nehmen können, dergestalt, daß sie nicht nur selbst von dem Bewußtsein getragen werden, daß Vertrauen der Regierung steht hinter ihnen, sondern daß auch die Bevölkerung weiß, sie sind die freiwilligen Stützen und Organe der Regierung.“

und Weise, wie in den letzten Jahren Charakter der Verführung ausgeübt und — versucht, verdingt sind, aber freilich nur unter einer Bedingung ist das möglich, nämlich wenn die Regierung sich bewußt und entschieden auf die konservativen Kräfte im Reich stützen will. ... Das Volk sehnt sich nach kräftiger verständlicher Führung, vor allen Dingen nach einem unabweisenden Bruch mit dem Nationalliberalismus und seiner ganzen Gefolgschaft.“ Mit anderen Worten also: die Regierung soll der deutschconservativen Partei ihren starken Arm leihen, um den verhassten Nationalliberalismus zu vernichten und den Deutschconservatismus an seine Stelle zu setzen. Wie die Regierung dieß freundliche Anbieten aufsaßt, können wir nicht wissen. Wohl aber ziehen wir aus demselben den tröstlichen Schluß, daß die deutschconservative Partei auf ihre eigene Kraft, trotz des in allen Tonarten verkündeten conservativen Unschwangs in der Bevölkerung, herzlich wenig Vertrauen hat.

Tagesgeschichtliche Uebersicht.

Leipzig, 3. Juli.

Die Congreßarbeiten werden binnen längstens zehn Tagen beendigt sein, was ganz gut möglich ist, wenn die bisherige Methode beibehalten und die wichtigsten Fragen gewissermaßen über das Knie gebracht werden. Man wird wohl längst bemerkt haben, daß die Beschlüßigung des Tempo der Congreßverhandlungen, die tagelangen, oft bis zum grauen Morgen dauernden Conferenzen der Bevollmächtigten außerhalb des Congreßsaals, das Vermeiden eingehender Erörterungen im Congreßsaal selbst, das Abbrechen der Discussion, wenn eine solche sich zu entspannen droht, das Vertragen der Differenzen, wenn solche zum Vorschein kommen, die hauptsächlichsten Ursachen des raschen Fortganges der Verhandlungen sind. Es wurde gleich bei Beginn des Congreßes hervorgehoben, daß der Vorsitzende Fürst Bismarck die Verhandlungen gleichsam mittelst Trommelschläges zu leiten beabsichtigt. Es ist Dies thatsächlich bis zur Stunde der Fall gewesen, und noch zu keiner Zeit wurde binnen drei Wochen eine so hochwichtige Reihe von Fragen entschieden, die europäische Landkarte so gewaltig verändert, wie dies der Berliner Congreß zu Stande gebracht hat. Ueber das Wesen der gefundenen Lösungen, über deren Werth für die Zukunft, über ihre Zweckmäßigkeit und den allgemeinen Gesichtspunct, von welchem der Congreß dabei geleitet wurde, wird erst ein eingehendes Urtheil möglich sein, wenn das Friedend-Instrument selbst und die Protokolle der Congreßsitzungen vorliegen werden. Gewiß ist nur heute schon, daß die Türkei, welche auf dem Congreß als gleichberechtigtes Mitglied vertreten ist, die Consequenzen ihrer Niederlage mit einer Strenge und Schonungslosigkeit gezogen sieht, welche kaum vorausgesehen war.

Es giebt noch friedliebende, gutmüthige Leute, welche den plumpen Vorspiegelungen officieller, conservativer und pseudo-liberaler Blätter glauben möchten, es handle sich bei der jetzigen Reichstagsauflösung nicht um eine Befürchtung des Liberalismus auf Tod und Leben, sondern man wünsche nur „praktischere“ Männer in den Reichstag zu bekommen. Wenn man sich über die heutigen Absichten der Regierung unterrichten will, so muß man Das lesen, was täglich von den ihr befreundeten officiellen Blättern unter ihren Augen gedruckt wird. Nachstehendes bringt z. B. die „Nordd. Allg. Ztg.“: „Es ist erfreulich, wie der Wahlauftrag der nationalliberalen Partei Leipzigs auch anderweit Anklang findet. Es liegen uns Mit-

theilungen aus Württemberg vor, welche zu dem Leipziger Aufrufe zustimmend lauten und offen ihrem Bismarck mit dem Berliner Aufrufe Lauder-Bewilligung Ausdruck geben. Herr v. Stauffenberg wird sich vergeblich bemühen, auf seiner Kundreise in Süddeutschland diesen Unterschied der Auffassung zu verwischen. Man will sich eben in dem nicht-preussischen Deutschland nicht liberal verpreußen lassen, sondern deutsch bleiben — selbst in national-liberalen Kreisen. Die Situation erinnert ungemein an das Ende der preussischen Confrontation 1866. Damals waren es auch die aus den neuen Provinzen hinzutretenden neuen Abgeordneten, welche von dem im alten Preußen abgepflegten Confrontations-Nichts mehr wissen und ihren Frieden mit dem Fürsten Bismarck machen wollten. Es führte dieß zur Entstehung der nationalliberalen Partei und deren Trennung von der Fortschrittspartei. Heute sind es die Deputirten aus dem nicht-preussischen Deutschland, welche von den Plänen der preussischen Nationalliberalen auf preussische Ministerstühle sich nicht so weit beeinflussen lassen wollen, um daraus einen Bruch mit dem Fürsten Bismarck auch im Reichstage herbeizuführen. Man scheint in den übrigen Staaten Deutschlands nicht gewillt, sich von den Verhimmlungen der preussischen Nationalliberalen anlocken zu lassen, man will die Dinge offenbar objectiv ohne Seitenblicke auf preussische Ministerstühle betrachten. Es ist dies ein Zeichen von staatsmännischer Gesandtheit, wie sie einem Theile der preussischen Nationalliberalen abhanden gekommen zu sein scheint. Dieses Zeichen giebt aber auch die Gewähr, daß die Zustände im Lande nicht so ungesund sind, wie der Fraktionsgeist sie scheinen läßt. „Man will sich nicht liberal verpreußen lassen!“ und das sagt ein Organ der preussischen Regierung, welche sich somit an den Particularismus wendet, um mit dem ihr vielfach entgegengebrachten Haß Geschäfte zu machen gegen den Liberalismus. Das „national“ wird also seitens der Freunde der preussischen Regierung schon rücksichtslos in den Schmutz getreten, wenn sich dadurch auch nur dem „liberal“ ein Streich spielen läßt. Eine preussische Regierung, welche dem Particularismus sprachlos gegenüber um den Bart geht! Aber hätte Das vor einem Jahre für möglich gehalten!

Von Seiten der Regierungspartei sucht man jetzt vielfach dadurch auf die große Masse der Wähler zu Gunsten der conservativen Candidaten einzuwirken, daß man große Steuerreformen in Aussicht stellt, durch welche die Steuerlast des armen Mannes erleichtert werden soll. Diese „Steuerreform“ wird sich voraussichtlich, wenn die Regierung einen Reichstag nach ihrem Sinne erhält, auf die Einführung des Tabakmonopols zur Beseitigung der Matrículas beschränken und sollen dann bei der Einführung des Monopols „vielleicht“ die untersten vier Stufen der Classensteuer aufgehoben werden. Welche Erleichterungen nun aber dem armen Manne aus einer solchen Maßregel erwachsen werden, das verdient doch im Interesse der Sache näher beleuchtet zu werden. Es brauchen also diejenigen, welche heute 3 bis 12 Mark Steuer bezahlen, nicht mehr zu bezahlen; um wie viel müssen aber diese Leute, welche keine feine Habanacigarren, sondern meist nur billigen Pfeifentabak rauchen, ihren Tabak theurer bezahlen? Ein vergleichender Blick auf die Preisverhältnisse der deutschen Tabakfabrikanten und der Monopol-Länder giebt uns die Antwort. In Deutschland kostet der billige Pfeifentabak 35-60 Pf., in Frankreich dagegen 5 Mk. pro Pfund; es wird also der mäßige Raucher, der jährlich in seiner Pfeife nur 15 Pf. Tabak verbraucht, in Deutschland, bei einem Durch-

schnittspreis von 50 Pf. pro Pfund jetzt für seinen Tabak 7 Mk. 50 Pf. bezahlen, während er nach Einführung des Monopols 75 Mk. bezahlen müßte, also die Erleichterung von 3 bis 12 Mk. bei den directen Steuern durch eine Mehrausgabe von 67,50 Mk. für Tabak erkaufen würde. Rechnet man sich das Verhältniß für diejenigen Stellen, welche etwas besseren Tabak, der jetzt in Deutschland 1-1,50 Mk., also durchschnittlich 1,25 Mk. pro Pfd. kostet, rauchen. Diese müßten dann ihren Tabak mit 6,40 Mk. pro Pfund bezahlen, ihre Ausgabe würde also — immer nur den gewiß sehr mäßigen Consum von 15 Pfd. pro Jahr vorausgesetzt — von 18,75 Mk. auf 96 Mk. steigen; sie hätten also die ihnen bei einem conservativen Ausfalle der Wahlen in Aussicht gestellte Steuererleichterung mit einer Mehrausgabe von 77,25 Mk. zu erkaufen. Wir meinen, daß unter solchen Verhältnissen die in Aussicht gestellten, also noch nicht einmal sicheren Steuererleichterungen sehr wenig Verlockendes für rasig überlegende Wähler haben können.

Das „Frankfurter Journal“ erfreut sich seit dem 1. Juli einer neuen Redaction, die sich ihrem Publicum mit einer Ansprache vorstellte, in welcher der folgende kostliche Satz enthalten ist: „Die Freiheit soll Allen verknümmert werden. Rücksicht und Knechtung suchen wieder die Herrschaft zu erlangen und das Menschengeschlecht in dunkle Finsterniß längstvergangener Jahrhunderte zurückzuführen.“ Nachdem der Verfasser dieser schauerlichen Prophezeiung seinen Lesern die Haare zu Berge gestäubt, läßt er — mit rüthlicher Tinte — den Trost einfließen, daß der Engel des Lichts in der Redaction des „Frankfurter Journals“ den Kampf mit den Mächten der Finsterniß, worunter man sich selbstverständlich die Regierung zu denken hat, „mit scharfen Waffen“ aufnehmen werde.

In Kiel haben die Conservativen, Freiconservativen und Nationalliberalen sich dahin geeinigt, Professor Hänel gegenüber den Landtagsabgeordneten Kraß (freiconservativ) als Reichstagscandidat aufzustellen. Der bayerische Landtag wurde am Dienstag von dem Präsidenten v. Dvo mit einer Rede eröffnet, in welcher er der Attentate gegen den Kaiser gedachte und das Haus aufforderte, seinem Abscheu gegen dieselben, seiner Theilnahme für den Kaiser, sowie dem Danke zu Gott für die Errettung Sr. Majestät durch Russischen Ausdruck zu geben. (Das Haus erhebt sich.) — Im Verlaufe der Sitzung wurden die Austrittsgesuche der Abg. Schmidt (liberal), Seig und Häuser (Patrioten) genehmigt. An neuen Vorlagen sind eingegangen: Der Militäretat pro 1878/79, eine Vorlage, betreffend die Erweiterungs- und Neubauten für die in Betrieb befindlichen Staatsbahnen, außerdem ein Gesetzentwurf betreffend der Pfälzischen Bahnen. Die nächste Sitzung findet am 6. d. statt. Wenn Graf Andrassy nicht von der Vorzüglichkeit seiner Politik so ganz und gar überzeugt wäre, so müßten doch manchmal ernste und bedenkliche Bedenken in ihm aufsteigen, wenn er die augenblickliche Lage seines Vaterlandes überschaut. Was hat Oesterreich durch seine bisherige Haltung in den orientalischen Wirren davongetragen? Seine Stellung als Großmacht hat in den Augen der Weltlichkeit eben keinen Gewinn davongetragen, seine wirtschaftlichen Verhältnisse sind durch den Krieg in arge Mitleidenhaftigkeit gezogen worden, und jetzt werden die Staatsfinanzen direct in Anspruch genommen, um die Befehung Bosniens und der Herzegovina durchzuführen zu können. Nur im Einverständnis mit dem Congreß soll diese erfolgen, was natürlich bloße Redensart ist, da die Einwilligung der Türkei nur erzwungen erfolgen wird. Auf-